Amerika und die Sicherheit Westeuropas

Autor(en): **Spillmann, Kurt R.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **151 (1985)**

Heft 3

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-56409

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Amerika und die Sicherheit Westeuropas

Oberstlt Kurt R. Spillmann

Von vier Seiten her ist heute die traditionelle amerikanisch-europäische Verteidigungsgemeinschaft unter Druck: In Washington werden heute ***wirtschaftliche, politische, ideologische*** *und* ***strategische*** *Überlegungen vorgetragen, die andere als die gewohnten europäischen Prioritäten setzen. Zwar beteuern* ***alle offiziellen*** *Stellen in Washington die unveränderte Loyalität Amerikas gegenüber Europa. Dennoch kann kaum in Abrede gestellt werden, dass die Vereinigten Staaten seit ihrem aussen- und sicherheitspolitischen Tief in den 70er Jahren eine beträchtliche Wandlung durchgemacht haben: Nach Vietnam und Watergate herrschten Unsicherheit und Selbstzerknirschung vor, wogegen die USA unter Ronald Reagan wieder zu einem welt- und sicherheitspolitischen Selbstbewusstsein zurückgefunden haben. In diesem Zusammenhang wird auch die Fage nach den wirklich vitalen amerikanischen Sicherheitsinteressen neu und intensiv erörtert, und es kommen aus dem Bereiche verschiedener «Think tanks», aber auch aus den Büros angesehener Kongressmitglieder Konzepte zum Vorschein, die von globalen Verantwortlichkeiten der USA, von globaler Flexibilität und von der Notwendigkeit einer Umstrukturierung der europäischen Verteidigung sprechen.*

Wendepunkt 1979

Der Tiefpunkt in der jüngsten amerikanischen Aussen- und Sicherheitspolitik wurde 1979 erreicht, als Präsident Carter – nach der Unterzeichnung von SALT II – zwar mit Breschnew in Wien den Bruderkuss austauschte, kurz danach aber von der Existenz einer voll ausgerüsteten russischen Kampfbrigade auf Kuba erfahren musste und noch vor Ende des Jahres von der russischen Invasion Afghanistans überrascht wurde. Der gleiche Carter musste die Demütigung der Vereinigten Staaten durch Khomeini hinnehmen, als ebenfalls im gleichen Jahr das gesamte Personal der amerikanischen Botschaft in Teheran in erpresserische Geiselhaft genommen wurde und die Weltmacht USA sich eingestehen musste, dass sie keinerlei Mittel besass, um die eigenen Landsleute zu befreien. Ein fast romantisch anmutender Befreiungsversuch endete mit acht toten amerikanischen Helikopterpiloten im iranischen Wüstensand.

Das Vorrücken der Sowjetunion nach Afghanistan und in Richtung Golfzone markierte das **Ende der Aussenpolitik der Detente,** die im Nachhinein in den USA als ein Fehlschlag empfunden wurde, als eine Zeit der Schwäche und der gekürzten Rüstungsbudgets, während die Sowjets weiterrüsteten und ihre SS-20 zu stationieren begannen.

Schon im Januar 1980 verkündete Präsident Carter die nach ihm benannte «Carter-Doktrin», die die Golfzone und damit den Erdölnachschub für Japan, Westeuropa und – zum geringsten Teil – für Amerika selbst zur «vitalen amerikanischen Interessenzone» erklärte und die Schaffung einer «Schnellen Eingreiftruppe» für Kriseneinsätze ankündigte. Gleichzeitig erhöhte Carter das Rüstungsbudget massiv und verfügte ein Getreide- und Technologie-Embargo gegenüber der Sowjetunion, was bereits die Umkehr, das Heraustreten aus selbstquälerischer Tatenlosigkeit ankündigte. Davon nahm man aber wenig Notiz. Die unglückliche Entwicklung der Lage im Jahre 1979 und die amerikanischen Misserfolge dieses Jahres wurden Carter angelastet. Er vermochte sich auch durch die Carter-Doktrin nicht vom Image des Schwachen, Unentschlossenen zu befreien. Hingegen versprach **Ronald Reagan**, Amerika wieder stark und angesehen zu machen. Und die Wählerschaft reagierte geradezu enthusiastisch auf dieses und andere Wahlversprechen: Carter erlitt die empfindlichste Niederlage, die je ein amtierender Präsident der USA einstecken musste. Ronald Reagan stellte das wiedererstandene Selbstbewusstsein Amerikas in einer überzeugenderen Weise dar als der fleissige und detailkundige, aber uncharismatische Carter. Reagan verkörperte ein neues Bild der Präsidentschaft, vielmehr – in den Augen vieler Amerikaner – das **wiedergewonnene** Bild des Landes, wie es schon immer gewesen war: stark, selbstbewusst, optimistisch.

Das neu erwachte amerikanische Selbstbewusstsein begünstigte Tendenzen, die sich bald in einem neuen amerikanischen «**Unilateralismus**» bemerkbar zu machen begannen, das heisst in einer Tendenz, nationale Interessen wieder ohne Scham zu formulieren und auch die Sicherheitspolitik danach auszurichten.

Im Lichte dieses neuen Unilateralismus muss die intensive amerikanische Strategiedebatte gesehen werden und insbesondere auch die Suche nach einer Verbesserung der Grundlagen, der Strukturen und der Effektivität der transatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Verschiedene nicht-strategische Faktoren spielen in der Diskussion über die Sicherheit Westeuropas eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Wirtschaftliche Faktoren

Aus amerikanischer Sicht zeigt sich folgendes Bild: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa haben sich seit der Gründung der NATO grundlegend verändert. Die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ausgehungerten und wirtschaftlich schwachen europäischen Nationen haben sich seither längst erholt, so dass sie nicht nur keiner amerikanischen Hilfe mehr bedürfen, sondern zu ernsthaften Konkurrenten geworden sind. Da Europa in den letzten beiden Jahren wirtschaftlich nicht den gleichen Aufschwung erlebte wie die USA, fallen amerikanische Forderungen nach massiven Erhöhungen der europäischen Verteidigungsausgaben auf steinigen Boden, wenn hohe amerikanische Zinsen europäische Kapitalien anziehen und dem europäischen Investitionsmarkt entziehen. Auch das Problem der instabilen Wechselkurse belastet die transatlantische Gemeinschaft seit zehn Jahren als ungelöstes Problem. Zwar begünstigt der hohe Dollarkurs die europäischen Exporte nach Amerika, zugleich aber müssen europäische Kapitalien (zu attraktiv hohen amerikanischen Zinsen) helfen, die 130 Mia. Dollar Defizit der amerikanischen Handelsbilanz mitzufinanzieren.

Wie der Fall Belgiens oder Dänemarks zeigt, sind verschiedene europäische Nationen von Regierungen ge-

führt, die ausdrücklich auf Wählerschaften Rücksicht nehmen müssen, die bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer weniger geneigt sind, höhere Verteidigungsausgaben zu bewilligen. Dagegen herrscht in Amerika der Eindruck vor, dass Europa als atlantischer «Trittbrettfahrer» von den amerikanischen Verteidigungsausgaben und dem amerikanischen Nuklearschirm profitiere, ohne selber einen ebenbürtigen beziehungsweise proportionalen Beitrag an die gemeinsamen Aufwendungen zu leisten. Zwar verteidigt der NATO-Oberkommandierende, General Rogers, die Europäer mit dem Hinweis darauf, dass die Europäer in den 70er Jahren ihre Verteidigungsausgaben nicht so weit abgebaut hätten wie die USA. Im Pentagon jedoch – und auch im Kongress – ist die Meinung weit verbreitet, die Europäer könnten und sollten mehr leisten, selbst nach dem Dezember-Entscheid der NATO-Verteidigungsminister, für ein von den USA lange gefordertes Infrastruktur-Programm (für gesicherte Flugzeugunterstände, Treibstoff-Pipelines, Munitionslager, verbesserte Verbindungen usw.) 7,8 Mia. Dollar im Laufe der nächsten sechs Jahre bereitzustellen.

Das Nunn-Amendment

Im Juni 1984 brachte Senator Nunn von Georgia einen Ergänzungsantrag zum Verteidigungsbudget ein, der einen Rückzug von amerikanischen Bodentruppen aus Europa in der Höhe von 90000 Mann innerhalb von drei Jahren androhte, falls die europäischen NATO-Partner nicht ihre Verteidigungsausgaben um die 1978 versprochenen drei Prozent jährlich (inflationsbereinigt) erhöhen würden. Eine knappe Mehrheit des Senats lehnte diesen Antrag zwar ab (55:41), aber er erinnerte doch in alarmierender Weise an die 60er und 70er Jahre, als Senator Mansfield aus Montana – heute amerikanischer Botschafter in Tokio – Vorlagen einbrachte, die den Rückzug der amerikanischen Truppen aus Europa forderten.

Nun ist Senator Nunn einer der angesehensten Militärexperten im Kongress, Mitglied des Militärausschusses des Senates und zugleich einer der treuesten Verfechter der transatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Die Tatsache, dass gerade er diesen Ergänzungsantrag einbrachte, macht darauf aufmerksam, wie schwer es auch die Freunde der NATO und Westeuropas gegenüber einem zunehmenden Sparwillen des Kongresses haben, vor ihrem eigenen Publikum die grossen Europagebundenen Anteile des Verteidigungsbudgets durchzubringen. (Gemäss Verteidigungsminister Weinberger bestritten die USA im Jahre 1982 immer noch über 60 Prozent der NATO-Gesamtausgaben). Der europäische Verteidigungswille wird – wie Weinbergers «Report on Allied Contributions to The Common Defense» vom März 1984 zeigt – von Amerika aus vor allem nach den Budgetprozenten der Verteidigungsausgaben beurteilt, und der republikanische Senator William Roth machte kürzlich geltend, dass die Finanzkraft der «freien Welt» diejenige der Sowjetunion sechsmal übertreffe: entsprechend leicht sollte es den Staaten des Westens fallen, die notwendigen Verteidigungsausgaben aufzubringen.

Abnahme der geopolitischen Bedeutung Europas?

Während Pentagon und Kongress von den Europäern höhere Verteidigungsausgaben fordern, sprechen aber Wirtschaftsfachleute vom sich vergrössernden Rückstand der europäischen Wirtschaft und ihrer mangelnden Dynamik, von ihrer Belastung durch zu hohe Sozialausgaben und ihrer Schwerfälligkeit durch mangelhafte Koordination und unnötige Duplikationen im Vergleich mit den Volkswirtschaften der USA oder der pazifischen Anrainerstaaten. Mangelnde Innovations- und Arbeitsfreude liessen an der Konkurrenzfähigkeit der Europäer (ausgenommen in Bereichen von Spezialerzeugnissen) zweifeln. Und damit im Zusammenhang wird mit dem wirtschaftlichen Zurückbleiben Europas hinter den sich viel rascher entwickelnden und extrem innovations- und arbeitsfreudigen neuen Industrienationen (NIC's: Newly Industrialized Countries) des pazifischen Raumes auch eine Abnahme von Europas geopolitischer Bedeutung im Rahmen des Weltganzen diagnostiziert. Von einigen Verteidigungsexperten wird bereits vom Absinken der Bedeutung Europas von globaler zu regionaler Bedeutung auch im strategischen Sinne gesprochen.

Im Gegensatz zu solch futuristischen Konstrukten hält die gegenwärtige Administration daran fest, dass Europa noch immer das grösste Potential an gutausgebildeten Arbeitskräften enthalte und das grösste industrielle Produktionszentrum der Welt sei, und allein schon deshalb – abgesehen von allen kulturellen Banden – sei eine Preisgabe der engen transatlantischen Verbindung undenkbar. Auf der anderen Seite hat Lawrence Eagleburger, stellvertretender Aussenminister bis 1984, wiederholt darauf hingewiesen, dass seit Beginn der 80er Jahre der Handel der USA mit den pazifischen Staaten ein grösseres Volumen angenommen hat als der bisher immer dominierende Handel mit den transatlantischen Partnern. Wegen der enormen Handelsdefizte mit Japan (über 20 Mia. Dollar) und Korea (3,5 Mia. Dollar) sind die USA geradezu genötigt, den pazifischen Märkten vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken, sonst werde – wie Robert Ketley, der Herausgeber des Asian Wall Street Journal in Hongkong scherzhaft sagte – Amerika bald nur noch die «Farm» Japans zur Produktion von billigen Lebensmitteln sein und Europa allenfalls Japans «Boutique», wo die reichen Asiaten ihr Geld für Luxusgüter ausgeben.

Politische Faktoren: Trend nach Westen

«Die transatlantischen Bande sind ein Erbe der 50er und 60er Jahre», sagt Professor Donald Hellman von der Henry M. Jackson School of International Studies (University of Washington) in Seattle, *«aber diese Dinge sind in Veränderung begriffen. Bis vor kurzer Zeit war alle Macht Amerikas an der Ostküste konzentriert, und solange das der Fall war, galt die europäische Priorität unumschränkt. Aber Ronald Reagan ist bereits der zweite Präsident, der* ***gegen*** *Washington, gegen das Macht-Establishment der Ostküste eine Wahl gewonnen hat (vor ihm schon Carter), und dieses Abrücken von der Führungsschicht der Ostküste zeigt sich auch in der Haltung der Mehrheit der Kongressmitglieder aus den West- und Südweststaaten. Reagan brachte neue Leute und neue Werte mit nach Washington, und dieser langsame Wandel wird sich fortsetzen, auch nach Reagan. So wie einst New York Sammelplatz des Kapitals und Symbol Amerikas war, ist heute Kalifornien, insbesondere Silicon Valley als Sitz der Computer-Industrie, das neue im Westen gelegene Symbol Amerikas. Das 21. Jahrhundert findet im Pazifik statt, und während das amerikanische Ostküsten-Establishment und die Mehrzahl der Europäer sich nach rückwärts orientieren, versuchen die Japaner bereits das 21. Jahrhundert gedanklich vorwegzunehmen. Und bereits fühlt auch die Sowjetunion, dass der Pazifik immer rascher an Bedeutung gewinnt und beginnt sich durch den energischen Auf- und Ausbau seiner Flotte darauf vorzubereiten.»*

«The Browning of America»

Während viele altgediente hohe Beamte in Washington solche Argumente zurückweisen, ist es eine historische Tatsache, dass sich der Bevölkerungs-

schwerpunkt der USA ständig weiter nach Westen verschiebt (bereits liegt er westlich des Mississippi), und dass unter den Neu-Einwanderern nur noch eine Minderheit von Europäern (18 Prozent gegenüber früher 75 Prozent) zu finden ist. Zusätzlich zur grossen Zahl legal einwandernder Asiaten gibt es einen ganzen Strom illegaler Einwanderer aus Mexiko, die früher oder später als amerikanische Staatsbürger anerkannt werden und die die Zahl der nicht-europäischen Amerikaner rasch anschwellen lassen. Bereits wird in der Presse von einem «Browning of America» gesprochen, vom Übergang der Mehrheit an die nicht aus Europa stammenden Amerikaner. Und diesen nichtweissen Wählern sowie einer jungen Generation, die nicht mehr mit den Idealen von 1945 aufgewachsen ist, wird es immer schwerer zu erklären, warum mehr als die Hälfte des amerikanischen Verteidigungsbudgets nach Europa orientiert bleiben soll. Die Kongressmitglieder, die diesen Druck spüren, sind zwar noch nicht zahlreich, aber ihre Zahl nimmt zu.

Es ist zu erwarten, dass der Kongress im Zeichen der gewaltigen Staatsverschuldung auch das Verteidigungsbudget kürzen wird und dass dem Senat in diesem Zusammenhang auch eine Neuauflage des Nunn-Amendments vorgelegt wird. Wie werden die europäischen NATO-Partner auf amerikanische Forderungen nach erhöhten Verteidigungsausgaben reagieren, wenn in Washington gleichzeitig Kürzungen vorgenommen werden?

Fragliche Verlässlichkeit?

Die europäischen Regierungen haben alle mit starken Gruppierungen zu kämpfen, die entweder gegen Nuklearwaffen, für einen nuklearen «Freeze», gegen die vermeintliche «Beherrschung» durch Amerika oder gegen Verteidigungsausgaben überhaupt auftreten. Die Woge des Anti-Amerikanismus, die im Vorfeld der Raketenstationierungsentscheidung der deutschen Bundesregierung im Jahre 1983 ihren Höhepunkt erreichte, ist zwar wieder abgeflaut. Aber die Bombenanschläge gegen europäische NATO-Installationen werden doch in Washington mit Aufmerksamkeit und einem gewissen Misstrauen verfolgt. Wie gross ist der Wille zur Verteidigung eigentlich, fragt man sich in Washington; nehmen die Europäer die Sowjetunion gar nicht wirklich als Bedrohung wahr und ist ihnen allenfalls mehr an einem neutralistischen modus vivendi in einem finnlandisierten oder – neuerdings wird formuliert: – hollandisierten Europa gelegen als an einer entschlossenen Verteidigung der gemeinsamen Grundwerte von Freiheit und Demokratie?

Neue Rollenverteilung

Um trotz allen wirtschaftlichen und politischen Kontroversen einen neuen Konsens aller beteiligten Bürger unter bewusstem Bezug auf die gemeinsamen Werte herzustellen, hat kürzlich Senator Gary Hart – ebenfalls prominentes Mitglied der Militärkommission des Senates – die Schaffung einer Kommission aus ehemaligen führenden Politikern aller NATO-Staaten vorgeschlagen. Diese Kommission sollte die NATO-Strategie studieren, Mannschaftsbestände vorschlagen, die finanzielle Lastenverteilung diskutieren, Lösungen erarbeiten und vor allem auch ernsthaft die verschiedenen nationalen Rollen überlegen, die durch eine veränderte Bedrohungslage nahegelegt werden. *«Als die NATO gegründet wurde,»* sagte Senator Hart am 12. Januar 1985 in Edinburgh, *«war die Sowjetunion eine grosse Landmacht, ihre Flotte hingegen war unbedeutend. Heute ist das nicht mehr so. Die russische Marine ist eine starke, über die ganze Welt operierende Macht. ... Die Verteidigung der NATO hängt aber ebenso von der Beherrschung der Meere ab wie von angemessenen Erdkampftruppen in Zentraleuropa. Diese Beherrschung der Meere ist heute ernsthaft in Frage gestellt. ... Die USA können aber nicht alles tun, überall, und gleichzeitig. Wir können nicht die stärkste Seemacht der Welt sein, eine grosse Landarmee in Europa unterhalten, die weltweiten Verbindungslinien auf den Meeren sichern, einen beträchtlichen Anteil an den Kosten für die Verteidigung Japans und Koreas tragen und erst noch angemessene strategische Streitkräfte haben. Wenn die NATO die Meere beherrschen will, die sie beherrschen muss, um überleben zu können, dann wird das vorwiegend eine Aufgabe der USA sein, trotz der sehr nützlichen Hilfe, die die Europäer leisten können. Das heisst aber wiederum, dass die Europäer einen grösseren Anteil an Erdkampftruppen in Europa zu stellen haben. Wir müssen die politischen und institutionellen Widerstände gegenüber Diskussionen über die langfristige Strukturgestaltung der NATO und unsere verschiedenen Beiträge überwinden, wenn die NATO nicht in Überalterung und Bedeutungslosigkeit versinken soll.»*

Auch ein Mann wie Gary Hart also, der durchaus kein Vertreter der Administration Reagan ist, fordert von den europäischen NATO-Partnern eine Erhöhung der Aufwendungen, und zwar vor allem im Bereich der Mannschaftsbestände, wogegen die Aufwendungen der USA vermehrt im Bereich der Marine gesehen werden. Die amerikanische Nukleargarantie für Europa wird nicht angetastet (und mit der Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles ist sie schliesslich erst jüngst wirkungsvoll und auf längere Frist bekräftigt worden), aber eine gewisse Absetzbewegung mit Blick auf weiter verteilte nationale Interessen als die Europäer sie haben, scheint doch unverkennbar zu sein.

Es liegt nach amerikanischer Auffassung ganz offenbar an den Europäern, ihren politischen Willen zur traditionellen transatlantischen Verteidigungsgemeinschaft entschlossener als bisher zu manifestieren.

Ideologische Faktoren

Auch ideologische Faktoren spielen im Untergrund der Strategiedebatte eine Rolle. Die europäischen Besiedler Nordamerikas lebten fast drei Jahrhunderte im weltgeschichtlichen Abseits. Das idealistische und weltverbessernde, aber auch das draufgängerische und anpackende Element der Immigranten konnte sich ungestört von politischen Gegnern erhalten und entfalten. Der Wille, der Welt ein Modell einer friedlich organisierten Gemeinschaft vorzuleben, kam erst mit dem Ersten Weltkrieg in Konflikt mit den harten europäischen Machtrealitäten: das Weltverbesserungskonzept Wilsons, der Völkerbund, kam nie richtig zum Funktionieren. Amerika zog sich in der Zwischenkriegszeit wieder in sein Schneckenhaus zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte mit der UNO ein erneuter Aufbruch: Amerika sah sich gerne in der Rolle des Friedensbringers für die ganze Welt. Doch auch die UNO funktionierte nicht wie erhofft. Dass das Ideal nicht erreicht wurde, schien den Amerikanern einzig Schuld der Sowjetunion zu sein, deren Machthunger und gewaltsame Expansion ein friedliches Zusammenleben der Völker vereitelt hatte. Eine Rückkehr der USA in eine neue Isolation kam aber nicht mehr in Frage: nur noch die USA konnten das durch den Krieg entstandene Machtvakuum füllen und der Sowjetunion mit angemessenen Machtmitteln entgegentreten. So entstand 1946/47 die aussen- und sicherheitspolitische Doktrin der «Eindämmung» (contrainment), die in Vietnam – am Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre – ebenfalls wieder zu einer tiefen Frustration führte: der Vietnamkrieg, in der Absicht begonnen, einer jungen Demokratie im Überlebenskampf gegen einen übermächtigen Gegner beizustehen, wurde schliesslich von Feinden, Freunden

und den eigenen Landsleuten als ein unmoralischer Krieg verurteilt.

In Enttäuschung und Frustration zogen sich die USA aus Vietnam zurück, und in der Nixon-Doktrin wurde verkündet, Amerika werde in Zukunft nur noch jene Freunde unterstützen, die bereit seien, für sich selbst auch wirlich zu kämpfen. Amerika war des Lastentragens für andere müde.

Die Aussenpolitik der Detente suchte nach neuen Wegen, durch Verhandlungen Gegensätze mit der Sowjetunion mindestens gebietsweise zu bewältigen, bis auch diese Verhaltensweise in der Wende von 1979/80 wieder frustriert wurde.

Der neue Unilateralismus ist deshalb nicht nur eine Rückkehr zu einer früher schon praktizierten Konzeption der «Eindämmung» unter inzwischen sehr veränderten Verhältnissen, sondern ist zugleich der Ausdruck eines enttäuschten Idealismus: die Enttäuschung von 1918/19 wiederholte sich 1945/46 und in abgeschwächter Form 1979/80. Die neue Neigung zum Unilateralismus enthält die Enttäuschung der Liberalen über den Fehlschalg der Detente ebenso wie den Willen der Konservativen, sich angesichts der Unverlässlichkeit der Welt und der Freunde wieder vorwiegend auf die eigene Stärke und die eigenen Entscheidungen zu verlassen.

Die Beziehungen zu Europa, als «kulturelle Bande» seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert und besonders seit 1945 sehr betont, waren durchaus nicht immer so positiv. Es gab auch Zeiten, in denen die Amerikaner Europa für den Inbegriff der politischen Verkommenheit hielten und nicht genug vor jeder Allianz warnen konnten. Es ist zwar kaum anzunehmen, dass eine derartige Europafeindlichkeit sich wieder einstellen könnte, zumal so viele Amerikaner dank den heutigen Reisemöglichkeiten und auf der Suche nach den eigenen Ursprüngen das kulturelle Europa aus eigener Anschauung kennen und schätzen gelernt haben. Auch finden sich viele Amerikaner von Europa viel direkter angesprochen als vom kulturellen Erbe der asiatischen Kulturen. Aber ein ideologisches Misstrauen gegen das **politische** Europa lauert immer noch im Untergrund der amerikanischen Psyche.

Strategische Faktoren: «star wars»

Reagans mittlerweile berühmte «star wars»-Rede vom 23. März 1983 hat die Verfechter einer Defensivstrategie ermutigt, aus ihrer Isolation herauszutreten und gegen die Vertreter der bisher allein herrschenden Offensivstrategie Stellung zu beziehen. *«Nie»*, so meint ein hoher Beamter der Administration, «haben die *USA das Konzept der **Mutual Assured Destruction (MAD)** als Theorie akzeptiert, und in den Gesprächen von Glassboro hat auch Kossygin das uneingeschränkte Recht jedes Staates auf eine starke Verteidigung für die Sowjetunion gefordert. Deshalb wäre es ein grosser Fehler, wenn die USA bereits jetzt, da die **Strategic Defense Initiative (SDI)** erst im Forschungsstadium ist, etwas aus der Hand gäben.»* Dieser Haltung widerspricht etwa Paul Warnke, Chefunterhändler der Administration Carter für SALT II, wenn er sagt: *«**MAD** ist keine Theorie, **MAD** ist eine Tatsache. Und auf diese Tatsache wurde unser ABM-Vertrag mit der Sowjetunion (Vertrag betr. Defensivsysteme, Anti Ballistic Missiles) gegründet.»*

Die gegenwärtige Administration ist entschlossen, die aus der SDI resultierenden Impulse zu nutzen. *«Sicherheit»*, meint ein ehemaliger hoher Beamter der Nixon-Kissinger-Zeit im privaten Gespräch, *«war nie das Produkt von Abkommen, sondern immer das Produkt von wirkungsvollen Verteidigungsmassnahmen. Was wirklich wichtig ist, darüber wird nicht verhandelt, und worüber verhandelt wird, das ist nicht wirklich wichtig.»* Diese eher zynische Sicht wird von den meist optimistischeren Beamten der Administration nicht geteilt.

Rüstungskontrolle

Die Administration Reagan ist entschlossen, mit den Forschungsprogrammen für SDI auf jeden Fall weiterzumachen, auch wenn sie für die verabredete neue Runde von Rüstungskontrollgesprächen eine «Verbindung» zwischen Offensiv- und Defensivsystemen auf russisches – und englisches – Drängen hin zugestanden hat.

Präsident Reagan will als **Friedensbringer** in die Geschichte eingehen. Seine anfänglich höchst misstrauische Haltung allen Rüstungskontrollverhandlungen gegenüber hat sich gegen Ende 1984 in persönliches Engagement **für** solche Verhandlungen gewandelt. Durch den ganzen Dezember 1984 hindurch fanden im Weissen Haus wöchentlich Vorbesprechungen statt unter Vorsitz des Präsidenten. Auch Aussenminister Schultz hat sich nach anfänglichem Zögern ganz hinter Verhandlungen gestellt. Trotz dieser bedeutungsvollen Kurskorrektur kann aber kein Zweifel daran bestehen, dass weder Präsident noch Aussenminister sich einen strategischen Vorteil aus der Hand winden lassen wollen.

Die Entwicklung von Defensivsystemen wird in Washington vielerorts für unausweichlich gehalten, entgegen den Argumenten etwa von Robert McNamara und McGeorge Bundy, dass die Entwicklung neuer Defensivsysteme nur die Entwicklung noch komplizierterer Offensivsysteme herausfordere und damit den Rüstungswettlauf einfach um eine weitere Spirale steigere. Präsident Reagan hat die Strategische Verteidigungsinitiative mit dem Slogan popularisiert, dass es besser sei, Waffen als Menschen zu bekämpfen.

In beiden Gebieten – SDI und Rüstungskontrollverhandlungen – haben die USA den europäischen Allianzpartnern eine offene und enge Konsultationspraxis versprochen. Dass die europäischen Nuklearstaaten von der SDI-Konzeption nicht angetan sind, überrascht nicht, denn damit beginnt auch die potentielle Entwertung ihrer eigenen Arsenale. Ein gewisser amerikanischer Unilateralismus erscheint hier – trotz anderslautenden Versprechen – als möglich.

Weltweite Machtprojektion

Neben allen bisher vorgebrachten Faktoren gibt es noch andere strategische Überlegungen, die den bisherigen Stellenwert Europas durch die wachsende Bedeutung anderer Regionen relativieren.

Das strategische Grundproblem, das die Reagan-Administration seit ihrem Amtsantritt 1981 zu lösen versuchte, lautete: wie kann eine glaubwürdige Vorne-Verteidigung der NATO erhalten und gleichzeitig die Notwendigkeit **weltweiter** Machtprojektion in andere Regionen von vitalem Interesse (Golfregion, Indischer Ozean, Pazifik, Afrika) erfüllt werden?

Ein Teil der Antwort auf diese Frage war die mit der Reagan-Administration und der Ernennung von John F. Lehmann zum Marineminister beginnende neue Betonung der Bedeutung einer starken Marine. Das Ziel einer 600-Schiffe-Flotte mit 15 Flugzeugträger-Kampfgruppen wird seit 1981 konsequent angesteuert. Die Marine ist zum wichtigsten **flexiblen** Mittel weltweiter Machtprojektion geworden.

Das bedeutet nach Auffassung der USA, dass mit Hilfe der amerikanischen Marine auch grundlegende Sicherheitsinteressen der **NATO ausserhalb** des eigentlichen Bündnisbereiches geschützt werden können. Dass solche Sicherheitsinteressen bestehen und dass sie bedroht werden können, hat die Erfahrung der letzten 10 Jahre gezeigt.

Trotzdem sind die Verteidigungsverpflichtungen auf das nordatlantische Gebiet beschränkt geblieben. Aber Europa, Südwestasien und Afrika sind strategisch nicht mehr trennbar, nur ist die Verteidigung westlicher Interessen in ausseratlantischen Gebieten bisher ausschliesslich den USA überlassen worden, weil die europäischen Partnerstaaten dazu aus Mangel an geeigneten Kräften entweder nicht in der Lage oder aus politischen Gründen nicht dazu bereit waren. Als Kompensation für die weitere Erfüllung dieser Aufgaben ausserhalb Europas fordern die USA eine Neuregelung der Aufgaben- und Lastenverteilung innerhalb der NATO.

Im amerikanischen Verteidigungswesen herrscht auch nach vier Jahren massiver Aufwendungen immer noch eine grosse Diskrepanz zwischen Verteidigungsaufgaben und Verteidigungsmitteln. Deshalb wird heute intensiv nach Möglichkeiten gesucht, diese klaffende Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu verkleinern, entweder
– durch eine Verminderung der Verteidigungsaufgaben, oder
– durch eine Vermehrung der Verteidigungsmittel, oder
– durch eine Neuverteilung der Verteidigungsaufgaben und Verteidigungsaufwendungen innerhalb der Bündnisse.

Von diesen Optionen scheint nur der dritte Weg gangbar zu sein.

Verbesserte Zusammenarbeit

Einige Schritte auf diesem Wege sind bereits gemacht worden. Im Sinne einer verbesserten Zusammenarbeit und besseren Lastenverteilung haben die europäischen Bündnispartner schon verschiedene Programme zur Verbesserung der Infrastrukturen bewilligt, zuletzt ein Programm von 7,8 Mia. $ im Dezember 1984, mit dem hauptsächlich für die Unterbringung von amerikanischen Flugzeugen, die in einer Krisensituation nach Europa verlegt würden, gesorgt wird. Auch im Bereiche der Verbesserung der konventionellen Kampfkraft ist mit dem Entscheid zur Übernahme der neuen «Follow-on forces attack» bzw. «Deep-strike»-Doktrin ein wichtiger Schritt getan worden. Die seit den 60er Jahren gültige Strategie der abgestuften Vergeltung («flexible response») wird dadurch zwar in keiner Weise ersetzt, aber – so hofft man – wirkungsvoll ergänzt: die neue Richtlinie sieht vor, im Konfliktfalle mit Hilfe modernster Techniken im Hinterlande des Gegners Aufklärung zu betreiben und Truppen der zweiten Staffel über grosse Distanzen direkt zu bekämpfen. Ebenfalls wurde im Dezember 1984 in Brüssel beschlossen, eine Studiengruppe zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich gemeinsamer Waffenentwicklungen und -beschaffungen ins Leben zu rufen.

Erstmals sind in der Dezembertagung 1984 auch Leitzahlen für die Erhöhung der Mannschaftsbestände der europäischen NATO-Partner festgelegt worden, die ausdrücklich als Kompensation für die von Amerika **ausserhalb** des NATO-Gebietes eingesetzten Truppen bezeichnet wurden. Könnte in dieser Massnahme allenfalls ein Schritt zur Abkoppelung gesehen werden?

Abkoppelung?

Die Furcht der Europäer, den amerikanischen Nuklearschutz zu verlieren, führte 1979 zum Doppelbeschluss und 1983 zum Beginn der Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles. Die gegenüber den sowjetischen Missilen weit weniger zahlreichen amerikanischen Mittelstreckenraketen waren von Washington von Anfang an als politische Beruhigungsmassnahme gegen die Abkoppelungsängste der Europäer gemeint: mit der Vornestationierung amerikanischer Truppen und Raketen ist Gewähr gegeben, dass die USA vom ersten Augenblick eines Konfliktes an aktiv mit dabei sind. Während den Europäern eine möglichst niedrige Nuklearschwelle recht war, um die USA möglichst direkt und von Anfang an in einem Konflikt beteiligt zu wissen (und um der Gefahr eines rein *«europäischen»* Krieges zu entgehen), suchten und suchen die USA nach Möglichkeiten, die Nuklearschwelle zu erhöhen, um die Gefahr einer raschen Eskalation auf die strategische Ebene mit direkten Auswirkungen auf die ja völlig zivilschutzlosen USA selbst minimal zu halten. Ein Anheben der Nuklearschwelle muss aber auch im Interesse der europäischen Nationen liegen, denn alles, was einen Krieg überhaupt und die Verwendung von Nuklearwaffen im besonderen *unwahrscheinlicher* macht, muss im Interesse der Europäer liegen.

Es wäre also falsch, die amerikanische Forderung nach einer Verstärkung der konventionellen Kräfte der NATO einfach als Ausdruck der Abkoppelung oder des Unilateralismus zu interpretieren. Amerika bleibt der transatlantischen Allianz und den NATO-Partnern verpflichtet, will aber auch seine eigenen **anderen** Interessen angemessen wahrnehmen können.

«Man muss nicht das erstgeborene Kind verstossen, nur weil sich die Familie vergrössert», erläutert ein hoher Beamter des Pentagons die Lage Europas, *«hingegen wird man von ihm mit der Zeit die Übernahme von etwas mehr Verantwortung erwarten dürfen.»* Dieser Prozess wird heute von den USA gefördert und gefordert. Er ist für die europäischen Staaten aus verschiedenen Gründen schwierig. Für eine solide Verstärkung der konventionellen Verteidigung zu sorgen, liegt aber im allereigensten Interesse der europäischen Staaten, wenn das erfolgreichste Friedensinstrument der Nachkriegszeit erhalten und wirkungsvoll bleiben soll.

***Anmerkung**

Diese Ausführungen basieren auf einer grösseren Zahl von Interviews mit Beamten der gegenwärtigen und früheren Administrationen, mit Angehörigen des Kongresses beziehungweise ihren Mitarbeitern, mit einer Reihe von Fachleuten der nationalen Sicherheitspolitik in Universitäten und Think Tanks; ebenso auf einer grossen Zahl von Zeitungsberichten und Artikeln sowie auf folgenden selbständigen Publikationen:

Brown, Harold, Thinking about National Security, Defense and Foreign Policy in a Dangerous World, Boulder, Colorado 1983.

Cimbala, Stephen J., National Security Strategy; Choices and Limits, New York 1984.

Coker, Christopher, The Future of the Atlantic Alliance, London 1984.

Davis, Jacquelyn K., and Robert L. **Pfaltzgraff,** Jr., The Atlantic Alliance and U.S. Global Strategy; Institute for Foreign Police Analysis, Cambridge, Mass. and Washington, D. C., 1983.

Dunn, Keith A. and William O. **Staudenmaier,** Military Strategy in Transition; Defense and Deterrence in the 1980s; Studies in International Security Affairs and Military Strategy; Boulder, Colorado, and London 1984.

Kennedy, Robert and John M. **Weinstein,** The Defense of the West; Strategic and European Security Issues Reappraised; Boulder and London 1984.

Komer, Robert W., Maritime Strategy or Coalition Defense?; Boston 1984.

Record, Jeffrey, Revising U.S. Military Strategy; Tailoring Means to Ends; Washington 1984.

Steinbruner, John D. and Leon V. **Sigal,** eds., Alliance Security: NATO and the No-First-Use-Question; Washington D. C. 1983.

Vigevano, Guido, The Bomb and European Security; Bloomington 1983.

Vlahos, Michael, America: Images of Empire; Washington D. C./Bologna 1982.

Weinberger, Caspar W., Report on Allied Contributions to The Common Defense, Washington D. C. 1984.

Weinberger, Caspar W., Annual Report to the Congress, Fiscal Year 1985, Washington D. C. 1984.

Weissbuch 1983 Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1983.

Nachschrift der Redaktion

Eine «Gegendarstellung» über die westeuropäische Sicherheit aus sowjetischer Sicht ist in Vorbereitung. Sie wird in einer der nächsten Nummern erscheinen. ■